

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thomas Seitz, Martin Erwin Renner, Corinna Miazga, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/11855 –**

**Korrekturbitten der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) im März 2019**

**(Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/7472)**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Kleine Anfragen sind ein Bestandteil der parlamentarischen Kontrollfunktion des Deutschen Bundestages und Ausfluss des Demokratieprinzips. Aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes (GG) und Artikel 20 Absatz 2 Satz 2 GG folgt ein Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung, an dem die einzelnen Abgeordneten und die Fraktionen als Zusammenschlüsse von Abgeordneten nach Maßgabe der Ausgestaltung in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages teilhaben und mit dem grundsätzlich eine Antwortpflicht der Bundesregierung korrespondiert (Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 1. Juli 2009 – 2 BvE 5/06).

Während andere Schriftliche Fragen über Anzahl und Anlass von an Medien gerichteten Korrekturbitten bei objektiv unzutreffender Berichterstattung noch von der Bundesregierung detailliert nach Datum, Behörde, Medium und Anlass beantwortet wurden (Bundestagsdrucksache 19/4421, Fragen 54 und 55), verweigert sich die Bundesregierung nach Ansicht der Fragesteller einer detaillierten Beantwortung gleichgerichteter Fragen seitens der Fragesteller (Bundestagsdrucksache 19/7472).

Gefragt war in Frage 1: „Welche Bundesministerien, obersten Bundesbehörden und oberen Bundesbehörden mit Ausnahme des BND, des MAD, des BfV und des BKA haben seit dem Jahr 2001 aufgrund welcher Veröffentlichungen mittels anwaltlicher Hilfe oder ohne anwaltliche Hilfe an Medien Korrekturbitten verschickt (bitte nach Bundesministerien, obersten Bundesbehörden, oberen Bundesbehörden, Datum, Medium, Anlass und den jeweiligen Kosten aufschlüsseln)?“ (Bundestagsdrucksache 19/7472). Gefragt war somit nach einer detaillierten Aufschlüsselung von Korrekturbitten an Medien. Die Antwort der Bundesregierung lautete darauf: „Eine Gesamtübersicht der mittels anwaltlicher Hilfe oder ohne anwaltliche Hilfe gegebenen Hinweise liegt nicht vor“ (Bundestagsdrucksache 19/7472).

Da nicht nach einer Gesamtübersicht gefragt war, sondern nach konkret und detailliert aufzuschlüsselnden Korrekturbitten, muss die Bundesregierung nach Ansicht der Fragesteller nochmals zu dieser Thematik befragt werden.

1. Aus welchen Anlässen hat die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) im März 2019 bei Medien unter Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe um Korrekturen von Berichterstattungen ersuchen lassen (bitte jeweils nach Datum, Medium, Anlass und Kosten auflisten)?

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) meldet Fehlanzeige.

2. Aus welchen Anlässen hat die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) im März 2019 bei Medien ohne Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe um Korrekturen von Berichterstattungen ersuchen lassen (bitte jeweils nach Datum, Medium, Anlass und Kosten auflisten)?

Die BAuA gibt lediglich in Einzelfällen einem Medium dann einen Hinweis, wenn von der BAuA veröffentlichte Informationen oder Angaben über die Bundesregierung objektiv unzutreffend wiedergegeben sind und die BAuA einen Hinweis für geeignet und angemessen erachtet.

Die BAuA hat im März 2019 in einem Fall ohne anwaltliche Hilfe bei einem Medium um die Korrektur einer Berichterstattung ersucht.

Hierbei handelte es sich um eine Veröffentlichung zur Sicherheit von Lasern als bzw. in Verbraucherprodukten auf BR-Online, der Homepage des Bayerischen Rundfunks (BR), am 6. März 2019.

Für die Erstellung des Beitrags hat die BAuA der zuständigen Redaktion im Vorfeld eine für das Thema relevante BAuA-Publikation sowie telefonisch weitere Informationen zukommen lassen.

Bei Durchsicht des daraus erstellten und am 6. März 2019 auf der BR-Homepage veröffentlichten Beitrags durch den Pressereferenten der BAuA wurde ein Fehler bei der Darstellung eines Grenzwerts festgestellt, der in MW (Megawatt) anstatt, wie es korrekt gewesen wäre, in mW (Milliwatt) angegeben war.

Die zuständige Redakteurin wurde noch am 6. März 2019 per E-Mail hierauf hingewiesen und sicherte in ihrer Antwortmail die umgehende Korrektur zu.

Da es sich bei diesem Vorgang um eine Regelaufgabe der Pressestelle der BAuA handelt, sind in diesem Zusammenhang keine separat auszuweisenden Kosten entstanden.